

Editorial

Das gemeinsame Thema der ersten drei Beiträge der vorliegenden Ausgabe der AIS-Studien sind Grenzen: die Erosion von Grenzen im Zuge verschiedener (betrieblicher, sozialer, nationalstaatlicher) Entgrenzungsprozesse, vor allem aber die Re-Produktion alter und neuer Ausgrenzungs- und Ungleichheitsstrukturen. Diese Beiträge schließen damit teils unmittelbar, teils mittelbar an die Herbsttagung der Sektion Arbeits- und Industriesoziologie „Segmentierung, Schließung, Ausgrenzung – Entsolidarisierungsprozesse in Betrieben“ an, die im Rahmen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Ende September 2016 in Bamberg stattfand. Aus der Reihe fällt in dieser Hinsicht der vierte Artikel der aktuellen Ausgabe: Hier geht es um die Folgen der Digitalisierung in inhabergeführten Einzelhandelsgeschäften.

Ausgangspunkt des Beitrags „Verfestigung von männlicher Herrschaft im Finanzmarktkapitalismus? Eine Fallstudie zur Bedeutung der Vermarktlichung von Arbeit für Geschlechterungleichheiten im Bankensektor“ von *Max Lill* (Humboldt-Universität zu Berlin) ist die These einer doppelten Entgrenzung des Betriebs: die Vermarktlichung als Erosion der Grenze gegenüber dem Markt sowie die Subjektivierung als erodierende Grenze gegenüber der Lebenswelt der Beschäftigten. Der Artikel zeigt am Beispiel der Landesbank Berlin, wie im Rahmen der Reorganisation derselben nicht nur beide Entgrenzungsprozesse miteinander verknüpft sind (bzw. werden), sondern zugleich auch die bestehende Geschlechtersegregation verschärft wird: Der kriseninduzierte Umbau der Landesbank geht u. a. mit einem Abbau und einer Abwertung der Bereiche einher, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten, sowie mit einer Verknappung von Karrierepositionen für Frauen. Der Prozess der Entgrenzung von Arbeit hat, das zeigt das Fallbeispiel, eine Verschärfung geschlechterbezogener Ungleichheit – oder anders: eine Verfestigung männlicher Herrschaft – zur Folge.

Auch im Beitrag „Verwerfungen in der ‚moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates‘: Ausgrenzungen prekär Beschäftigter und die Problematik sozialer und politischer Bürgerschaft“ von *Stefanie Hürtgen* (Universität Salzburg) stehen Grenzen im Fokus. Ihr Ausgangspunkt ist die empirische Beobachtung, dass prekäre Beschäftigung nicht nur objektive Folge von prekarisierenden Beschäftigungspolitiken, sondern gleichfalls Ergebnis einer „subjektiven Konstruktion von Nichtzugehörigkeit“ durch Mitglieder der Stammbeschaften ist. Die übliche Deutung solcher Exklusionspraktiken als angstgetriebene Abgrenzungskämpfe greift laut Hürtgen zu kurz, weil solche Praktiken ebenso (und auch gerade) bei solchen Beschäftigten beobachtet werden können, die sich subjektiv absolut sicher fühlen und die die ungleiche Behandlung von etwa LeiharbeiterInnen als ungerecht sowie falsch kritisieren. Die Autorin führt mit der These der „normativen Entdemokratisierung“ einen weiterführenden Erklärungsansatz ein: Prekarisierung wird hier als Angriff auf die moralische Ordnung, die Verbindung von (wohlfahrtstaatlich gerahmtem) Lohnarbeiterstatus und politischer Selbstermächtigung der Beschäftigten, wahrgenommen. Und diese Perspek-

tive führt zur Konstruktion von Nichtzugehörigkeit, zur (mehr oder weniger) aktiven Ausgrenzung prekär Beschäftigter, da deren Anerkennung als (gleiche) Menschen und KollegInnen auch die moralische Anerkennung ihres ungleichen Status und damit die Infragestellung des eigenen Status als legitimen Normalfall bedeuten würde. Eben weil man Prekarisierungsstrategien der Unternehmen moralisch verwerflich findet, kann man prekär Beschäftigte nicht als Gleiche akzeptieren.

Im Beitrag „Das Verhältnis von Gewerkschaften zur Migration: Ambivalente Orientierungen zwischen Ablehnen, Ausblenden und Ernstnehmen“ fragen *Ludger Pries und Andrea Dasek* (Ruhr-Universität Bochum) danach, warum sich Gewerkschaften in der Vergangenheit so schwer mit dem Thema Migration taten und es noch bis heute tun. Ihre Antwort: Sie haben ein ambivalentes Verhältnis zur Migration, das aus widersprüchlichen Orientierungen resultiert. Der grundlegenden Orientierung an Solidarität und Gleichheit sowie Überlegungen etwa zur Mitgliedergewinnung stehen organisationspolitische Erwägungen wie der Schutz von Arbeitsplätzen, unzureichende Integrationsressourcen oder auch ungeklärte Einbindungsstrategien gegenüber. Pries und Dasek führen jeweils Pro- und Contra-Argumente auf und kommen zu dem Schluss einer notwendigen Neubestimmung der gewerkschaftlichen Position im Hinblick auf Migration sowie Integration.

In ihrem Artikel „Kompetent im digitalen Kleinbetrieb“ befassen sich schließlich *Dirk Dalichau und Katharina Kärgel* (Goethe-Universität Frankfurt a. M.) mit den Folgen der Digitalisierung im inhabergeführten Einzelhandel. Ausgehend von der These, dass einerseits die Tätigkeiten der Beschäftigten in kleineren Einzelhandelsunternehmen kaum technisch substituierbar sind und andererseits aber auch in diesen Geschäften umfassende Digitalisierungsprozesse stattfinden (werden), plädieren sie für eine anforderungs- bzw. branchenspezifische Auseinandersetzung mit den mit der Digitalisierung verbundenen (veränderten) Qualifikations- und Kompetenzerfordernissen. Wie das aussehen kann, zeigen sie am Beispiel der Beacons-Technologie.

Für die HerausgeberInnen
Karina Becker, Nick Kratzer